

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Marita Sehn, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Zukunftsprogramm Energie vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem Jahr 1973 gibt es in Deutschland ein energiepolitisches Gesamtkonzept, ein Energieprogramm der Bundesregierung, das alle Energieträger und -sektoren einschließt. Angesichts der Veränderungen im energiepolitischen Umfeld und vor dem Hintergrund der Vereinigung Deutschlands hat die Bundesregierung 1991 Leitlinien der „Energiepolitik für das vereinte Deutschland“ vorgelegt.

Am 22. Juni 1999 ist auf gemeinsame Initiative des damaligen Bundeswirtschaftsministers Werner Müller und des Kuratoriumsvorsitzenden des Forums für Zukunftsenergien Dr. Rolf-E. Breuer der Energiedialog 2000 gestartet worden, in dem hochrangige Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften und Bundesländern miteinander diskutiert und am 5. Juni 2000 im Rahmen der Abschlussveranstaltung Empfehlungen für Handlungsansätze und Ziele für eine zukünftige nachhaltige Energiepolitik formuliert haben. Themen waren Wettbewerb und Regulierung, rationelle Energieverwendung, erneuerbare Energien und CO₂-Minderung im internationalen Rahmen sowie der Energiestandort Deutschland – Versorgungssicherheit und Beschäftigung. Nicht beraten worden sind u. a. die friedliche Nutzung der Kernenergie und der Themenkomplex Mobilität. Die Ergebnisse des Energiedialoges sind in den Energiebericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie eingeflossen, den dieses am 27. November 2001 vorgelegt hat.

Am 13. März 2000 hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ eingesetzt, die am 2. Juli 2002 ihren Endbericht vorgelegt hat. Das Ziel, einen verlässlichen energiepolitischen Rahmen für ein bis zwei Jahrzehnte zu entwickeln, wurde verfehlt. Die unterschiedlichen Grundeinstellungen und Analysen der Kommissionsmitglieder haben zur Abgabe eines Minderheitsvotums der FDP geführt.

Bis heute hat eine weitere Fortschreibung des Energieprogramms nicht stattgefunden. Eine Verständigung über die Rahmenbedingungen für eine nachhaltig zukunftsfähige Energieversorgung ist nicht gegeben. Sie ist jedoch zwingend notwendig, um eine positive Veränderung bestehender Strukturen zu erreichen und Investitionssicherheit und Investitionsbereitschaft am Standort Deutschland zu stärken.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Energieprogramm vorzulegen,
 - a) das alle verfügbaren Energieträger und -sektoren einschließt,
 - b) das sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange gleichermaßen abwägt,
 - c) das den marktwirtschaftlichen Suchprozess für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nutzt,
 - d) das zukunftsorientiert und international ausgerichtet ist, d. h. die nachfolgende Generation mit einbezieht sowie globale und europäische Perspektiven mit berücksichtigt;
2. die bisher getroffenen energiepolitischen Maßnahmen, insbesondere auch das Ordnungsrecht (z. B. Energiesteuern), unter dem Gesichtspunkt der Belastbarkeit des Standortes Deutschland und seiner Wettbewerbsfähigkeit umfassend zu prüfen und gegebenenfalls Alternativen zu entwickeln, die dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich als Bericht zugeleitet werden.

Berlin, den 29. Januar 2003

Gudrun Kopp
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer

Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Marita Sehn
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion